

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 22.02.2007**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2,
06110 Halle (Saale)

Zeit: 16:30 Uhr bis 20.30 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Thomas Godenrath	CDU
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	Die Linkspartei. PDS
Frau Ute Haupt	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Mohamed Yousif	Die Linkspartei. PDS
Herr Dr. Justus Brockmann	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Manfred Schuster	WG-VS 90 e. V. Halle
Herr Dr. Peter Piechotta	DPWV
Herr Dr. Fiedler	Seniorenvertretung Halle e. V.
Herr Frank-Detlef Grasse	SKE
Frau Anja Hunger	SKE
Herr Hans-Jürgen Krause	SKE
Frau Annerose Runde	SKE
Frau Petra Tomczyk-Radij	SKE
Frau Christel Günther	Verw
Frau Dorit Schmidt	Verw
Herr Hans-Günter Schneller	Verw
Frau Petra Schneutzer	Verw
Frau Dagmar Szabados	Bgm
Herr Goswin van Rissenbeck	Verw
Frau Susanne Wildner	Verw
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw
Frau Jahnke	Verw.
Frau U. Schwarzer	Verw.
Frau Sylvia Schulze	Verw.

Gäste:

Herr Peter Otto	EfA
Frau Sylvia Tempel	ARGE SGB II Halle GmbH
Frau Dr. Christine Radig	ARGE SGB II Halle GmbH
Herr Steffen Kröner	AWO KV
Frau	AWO KV
Frau	AWO KV

Entschuldigt fehlen:

Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Frau Thea Ilse	WIR. FÜR HALLE.
Frau Dr. Regine Stark	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Katja Pähle	SKE
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift der Sitzungen vom 30.11.2006 und 21.12.2006
4. Vorlagen
- 4.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2005
Vorlage: IV/2007/06261
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 5.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion Die Linkspartei.PDS zur Namensgebung der Volkshochschule
Vorlage: IV/2006/06152
6. Anfragen von Stadträten
- 6.1. Anfrage der sachkundigen Einwohnerin Annerose Runde zu den Kriterien bezüglich der Auswahl von Bildungsträgern und TeilnehmerInnen für Maßnahmen durch die ARGE SGB II Halle GmbH, Berichterstatteerin Frau Tempel Geschäftsführerin ARGE SGB II Halle GmbH
Vorlage: IV/2006/06037
- 6.2. Anfrage zur Schaffung einer Beschäftigungsmaßnahme zur Einkaufsunterstützung für ältere Bürger in Halle-Ammendorf.
Berichterstatte Herr Otto, Eigenbetriebsleiter EfA
- 6.3. Gesundheitsschäden durch Lärmbelästigung.
Ergänzende Nachfrage auf die Anfrage von Frau Stadträtin Haupt aus der Ausschusssitzung vom 13.07.2006
Bericht Herr Amtsarzt Dr. Wilhelms
- 6.4. Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses vom 30.11.2006 zum Anteil der Ausländer, die einen Sprachkurs bestehen.
Berichterstattung Frau Schneutzer, Beauftragte für Integration und Migration
7. Beantwortung von Anfragen
8. Anregungen
9. Mitteilungen
- 9.1. Information zum weiteren Umgang mit der Anfrage von Frau Tomczyk-Radij zum Thema Beschneidungen.
Berichterstattung Herr Dr. Wilhelms, Amtsarzt und Frau Schneutzer, Beauftragte für Integration und Migration

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses zur ersten Sitzung 2007 und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Sie teilt mit, dass sie einen Antrag der Arbeiterwohlfahrt erhalten hat, in dem ein Rederecht in der heutigen Sitzung beantragt wird.

Abstimmungsergebnis:

Stadträte:

Ja:	5
Nein:	2
Enthaltung:	1

Beschluss:

An die AWO wird in der heutigen Sitzung ein Rederecht erteilt.

Herr Kröner dankt für die Möglichkeit der Darstellung zur Kündigung des Zuwendungsvertrages an die AWO und stellt die Arbeit der AWO dar.

Er sagt, dass die AWO die Arbeit weiterführen möchte, aber die Voraussetzungen dafür nicht in sechs Monaten hergestellt werden können. Eine Umschichtung von Sachmitteln wäre rein rechtlich nicht möglich.

Die Verwaltung sei noch nicht auf die AWO zugegangen. Die AWO hat auf das Kündigungsschreiben mit Widerspruch reagiert. Die AWO hat keine richtige Begründung für die Kündigung erhalten.

Frau Haupt dankt für die Ausführungen. Eine Antwort wird aber zu diesem Zeitpunkt nicht gegeben.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird mit dem Hinweis bestätigt, dass im Punkt 6 auch Anfragen der SKE möglich sind.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzungen vom 30.11.2006 und 21.12.2006

Die Niederschriften der Sitzungen vom 30.11.2006 und 21.12.2006 werden bestätigt.

zu 4 Vorlagen

zu 4.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2007, sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2005 Vorlage: IV/2007/06261

Frau Schmidt gab einführende Erläuterungen zum Haushalt 2007. Bis 30.4.07 sind 20 Mio Euro Haushaltskonsolidierung zusätzlich zu untersetzen. Sie weist darauf hin, dass vor

Beginn der Sitzung die Unterlagen zum Haushalt übergeben wurden und bittet um Vervollständigung dieser Unterlagen durch heute vor Sitzung verteilte zusätzliche Ausführungen.

Fachbereich 39

Frau Wildner macht Ausführungen zum Haushalt des Fachbereiches Gleichstellung.

Frau Wolff merkt an, dass alle Bereiche höhere Ausgaben als 2006 bei den Objektkosten aufweisen.

Frau Wildner erklärt, dass die Bewirtschaftungskosten 2005 Grundlage waren und es jetzt zu verschiedenen Kostensteigerungen gekommen ist → Verweis auf ZGM.

Bei den Personalkosten wird erläutert, dass 3 Stellen bisher nicht Vollzeit im Fachbereich waren. Nicht besetzte Stellen wurden nicht weiter beplant. Jetzt werden alle bestätigten Stellen mit Finanzen untersetzt.

Herr Dr. Yousif fragt nach der Kürzung an Vereine im UA 71800. Frau Wildner antwortet, dass es 4 % Kürzungen im vergangenen Jahr in allen Bereichen notwendig waren.

Herr Godenrath bittet um Statistik für das Frauenhaus. Diese wird dem Protokoll beigelegt.

Frau Haupt bedankt sich bei Frau Wildner. Sie verlässt die Sitzung.

Fachbereich 53

Frau Wolff bittet um Untersetzung Kosten Ist 2006 und Einnahmekosten. Herr Dr. Wilhelms erklärt, dass der Betriebsärztliche Dienst wieder zum Fachbereich 11 gehören wird.

Herr Godenrath fragt nach Kosten der Gripeschutzimpfung. Herr Dr. Wilhelms sagt, dass der Impfstoff 2006 über das Gesundheitsmanagement organisiert wurde. Frau Jahnke erklärt, dass die jeweiligen Kassen die Bezahlung der Impfstoffe vornehmen.

Veterinärwesen

Frau Wolff bittet um Benennung der Einnahmen. Frau Dr. Schwarzer teilt mit, dass die Kosten deutlich angestiegen sind. Ein Grund dafür ist z. B. die Schweinepest.

Herr Dr. Yousif fragt nach Personalkosten von 11 Stellen. Frau Dr. Schwarzer sagt, dass es sich hierbei um eine Herausrechnung bei Altersteilzeit aus dem Stellenplan durch Fachbereich 11 handelt. Frau Schmidt ergänzt dazu, dass alle Mitarbeiter mit Freizeitphase in einem Unterabschnitt zusammengefasst sind.

Fachbereich 50

Frau Winter gibt einleitende Erläuterungen, z. B. wurden 7.000 Euro Bruttokosten in UA 4000 reduziert.

Herr Godenrath fragt, wieviel Personal noch in der Wohngeldstelle tätig ist. Frau Winter teilt mit, dass das neue Fachkonzept für den Fachbereich Soziales zum Stellenabbau führen wird. Zur Zeit sind es 20 VZS → Abbau auf 16 VZS vorgesehen.

Frau Wolff fragt, warum die Kosten für Öffentlichkeitsarbeit so hoch sind. Frau Winter führt aus, dass für 2007 ein Stadtführer für Behinderte aufgelegt werden soll.

UA 4050

Frau Winter erklärt, dass hier die städtischen Mitarbeiter der ARGE mit Personal- und Sachkosten geführt werden. Mit der ARGE soll ein Vertrag geschlossen werden zu einer Beratertätigkeit zur Unterstützung von Frau Szabados (nur Ausgabenbindung, keine Stelle). Frau Schmidt ergänzt, dass in Dresden schon eine Stabstelle SGB II besteht und bundesweit die Entwicklungen in diese Richtung gehen.

UA 4101

Frau Wolff fragt nach SED-Unrechtsbereinigungsgesetz und nach Erstattung von SK. Frau Winter erläutert, dass Klageverfahren gegen Saalkreis noch laufen zur Kostenerstattung nach § 107 BSHG.

UA 4103

Frau Winter erläutert die Mietschuldenübernahme auf Anfrage von Frau Wolf.

UA 4114

Frau Winter gibt Erläuterungen

UA 4130

Frau Winter antwortet auf Anfrage von Frau Wolf nach dem Ist Einname und Erstattungen.

UA 4141

Frau Winter erläutert 84.000 Euro ambulant betreutes Wohnen. Frau Hanna Haupt fragt nach 13 Personen Reso Projekt. Frau Winter wird die Erläuterung dem Protokoll beifügen.

UA 4148

Herr Godenrath fragt nach den Bestattungskosten der Vorjahre. Frau Winter erläutert die Bewilligungen und Kosten der Jahre 2004 – 2006. Sie ergänzt, dass vom Grünflächenamt eine neue Satzung erarbeitet wurde und daraus mit Kostensteigerungen zu rechnen ist.

UA 4200

Frau Winter erläutert auf Anfrage von Frau Wolf die Kosten Einnahme.

UA 4210

Frau Winter erläutert auf Anfrage von Frau Wolf das Absinken IST Einnahme.

UA 4220

Frau Winter erläutert den UA.

UA 4230

Herr Godenrath bittet um Statistik, welche Maßnahmen mit wieviel Personen laufen. Die Antwort wird dem Protokoll beigefügt.

UA 4250 keine Fragen

UA 4350

Frau Wolff fragt nach Personalkosten und der Anmietung von ÜWE. Frau Winter antwortet, dass im Haus der Wohnhilfe 6 VZS zur Verfügung stehen. Die Anmietung der ÜWE ist aufgrund der Eigenbewirtschaftung in 2007 wieder separat ausgewiesen.

UA 4362

Frau Winter erläutert Nachzahlungen. Herr Dr. Yousif fragt, warum die Kosten gleich geblieben sind, obwohl ein Heim geschlossen wurde. Frau Winter erklärt, dass es sich hier um eine Anpassung der Betreiberkosten handelt, die Tagessätze wurden erhöht.

Herr Dr. Brockmann teilt mit, dass das Heim Brandberge in sehr schlechtem Zustand schon seit Jahren ist und ob es durch die Stadt kein Einfluss auf den Betreiber möglich sei. Die Unterbringung dort sei nicht menschenwürdig. Diese Frage kann z. Z. nicht beantwortet werden.

UA 4700

Frau Winter erläutert die Senkung. Frau Haupt fragt, ob das die erste Stufe der Haushaltskonsolidierung sei. Frau Winter erklärt, dass die Senkung hier dem Konsolidierungskonzept entspricht, aber weitere Senkungen erwartet werden.

UA 4820

Frau Winter erklärt, dass die Ausgaben an die Bedarfszahlen angepasst wurden. Frau Wolf bittet um Angabe des IST Einnahme. Frau Winter benennt sie mit 23.520.631 Euro. Herr Godenrath fragt nach der KdU-Statistik, hier gibt es unterschiedliches Zahlenmaterial. Frau Winter erklärt, dass diese Unterschiede entstehen, da die ARGE die Statistik über das A2LL zu einem Stichtag zieht und jeweils mit drei Monaten Verzug eine Korrektur erfolgt.

Herr Godenrath hat erfahren, dass der kommunale Finanzanteil erhöht werden soll. Herr Schneller sagt, dass hier ein gewisses Risiko besteht, dass die Stadt schlechter gestellt wird, wenn mehr Kostenbeteiligung verlangt wird.

Herr Kupke fragt nach den 400.000 Euro bei Erstaussstattungen. Laut Frau Winter orientiert sich die Zahl am Ist aus dem Vorjahr. Frau Dr. Radig und Frau Tempel geben ergänzende Erläuterungen, was sich hinter Erstaussstattungen für SGB-II-Bezieher verbirgt, z. B. Schwangerenausstattung, Kinderbetten, Wohnungserstaussstattungen für Haftentlassene, Erstwohnungen. Diese Erstaussstattungen gibt es auch für Spätaussiedler.

UA 4850

Frau Wolff fragt nach IST Einnahmebereich. Frau Winter sagt, dass hier das IST aus dem Jahr 2005 angenommen wird, da mit keinen Nachzahlungen aus Vorjahren mehr zu rechnen ist.

UA 4980

Herr Dr. Yousif fragt nach der Kürzung der Ermäßigungen für Behindertendienst. Frau Winter sagt, hier handelt es sich um eine Anpassung der tatsächlichen Ist-Kosten.

Frau Hanna Haupt fragt, ob mehr Kinder auch zu Mehrausgaben in der Kinderspeisung führen. Frau Winter antwortet, dass hier mehr Anträge von SGB-II-Beziehern zu verzeichnen sind und dadurch auch die Kosten steigen.

Fachbereich 53

UA 5010

Herr Godenrath fragt, warum das Landesverwaltungsamt eine Anordnung erlassen hat, die hohen Ausgaben zu senken. Herr Dr. Wilhelms sagt, dass es sich um Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis handelt, die vom Land vorgeschrieben werden. Seit 2006 werden nur die vom Landesverwaltungsamt abgeforderten Leistungen gemacht.

Frau Wolff fragt nach Erstattungen im sonstigen öffentlichen Bereich. Herr Dr. Wilhelms sagt, es handelt sich dabei z. B. um Leistungen zum Jugendarbeitsschutzgesetz.

Herr Dr. Wilhelms benannt auf Anfrage von Frau Wolf nach weiteren besonderen Ausgaben 13.300 Euro und bei IST Dienstreisen 10.763.

Herr Dr. Yousif fragt, was sich bei weiteren besonderen Ausgaben dahinter verbirgt. Frau Jahnke erklärt, dass es sich dabei z. B. um Vernichtung von Ratten, Desinfektionsmittel für Kindergärten und Schulen sowie um die Entsorgung der ehemaligen Polikliniken handelt.

UA 5011

Herr Dr. Wilhelms erläutert Prophylaxemaßnahmen.

UA 5404

Frau Wolff fragt nach der Haushaltskonsolidierung.

Herr Dr. Wilhelms erklärt auf Nachfrage von Frau Haupt, dass der Fachbereich weniger Räumlichkeiten nutzt.

UA 8410 keine Anfragen

UA 9010

Frau Wolff hat die allgemeine Frage zu Nachzahlungen, in welcher HHST sind sie zu finden. Frau Schmidt erklärt, dass hier nach dem Verursacherprinzip in dem UA gebucht wird, wo sie hingehören.

Vermögenshaushalt

UA 4700

Frau Winter erläutert die Rückzahlungen aus Darlehen. Frau Wolf fragt nach den Anteilen aus dem Verkauf Martha Maria. Frau Schmidt sagt, dass diese eingegangen sind, sie erkundigt sich, im welchem UA sie zu finden sind.

Frau Haupt dankt allen Beteiligten und beendet die erste Haushalts-Lesung.

zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten

zu 5.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion und der Fraktion Die Linkspartei.PDS zur Namensgebung der Volkshochschule Vorlage: IV/2006/06152

Herr Godenrath teilt mit, dass durch Schulfusionen mehrere Namen weggefallen sind. Warum wird hier nicht z. B. ein Frauename, z. B. Dorothea von Erleben genommen? Herr van Rissenbeck sagt, dass das Argument der Gleichstellung in Halle schon berücksichtigt wird, z. B. trägt ein Ärztehaus den Namen Dorothea von Erleben.

Frau Haupt sagt, dass es nicht Gegenstand der Vorlage ist, einen anderen Namen zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

SKE

Ja	2
Enthaltungen	2

Stadträte

Ja	7
Nein	2

Beschluss:

Der Vorlage wird mehrheitlich zugestimmt.

zu 6 Anfragen von Stadträten

zu 6.1 Anfrage der sachkundigen Einwohnerin Annerose Runde zu den Kriterien bezüglich der Auswahl von Bildungsträgern und TeilnehmerInnen für Maßnahmen durch die ARGE SGB II Halle GmbH, Berichterstatterin Frau Tempel Geschäftsführerin ARGE SGB II Halle GmbH Vorlage: IV/2006/06037

Frau Tempel und Frau Dr. Radig werden von Frau Haupt nochmals begrüßt.

Frau Tempel macht Ausführungen, durch wen die Auswahl von Bildungsträgern erfolgt. Der Werdegang zur Erteilung von Bildungsgutscheinen wird erläutert. Langzeitarbeitslose, ABM und Arbeitsgelegenheiten haben einen Bildungsanteil von 20 %. Bildungsträger erhalten Zertifikate von Stellen, die die Träger prüfen. Frau Tempel erläutert auch die Umschulung bei Reha-Maßnahmen.

Frau Runde fragt, warum man z. B. dreimal zum Bewerbungstraining geschickt wird? Frau Tempel weist darauf hin, dass einmal manchmal nicht ausreicht.

Frau Dr. Radig teilt mit, dass es einen Gesellschafterbeschluss zwischen Stadt und ARGE zu den Änderungen im SGB II gibt. Bafög-Empfänger können jetzt einen

Wohnkostenzuschuss erhalten, Kostenträger ist die Kommune. Es gibt z. Z. ca. 50 Fälle. Frau Dr. Radig verteilt im Ausschuss diesen Vertrag.

**zu 6.2 Anfrage zur Schaffung einer Beschäftigungsmaßnahme zur
Einkaufsunterstützung für ältere Bürger in Halle-Ammendorf.
Berichterstatter Herr Otto, Eigenbetriebsleiter EfA**

Herr Otto teilt mit, dass die Kaufhalle Am hohen Ufer geschlossen wurde. Es gab schon Verbindung zur ARGE zu Beschäftigungsmaßnahmen, jedoch ist diese der Meinung, dass hier Pflegedienste zuständig seien. Lediglich Existenzgründungen können gefördert werden. Es laufen z. Z. auch Aktivitäten bei der Wirtschaftsförderung. Der ambulante Handel könnte die Versorgung verbessern.

Frau Tempel ergänzt dazu, dass von der ARGE keine Gelder für den ersten Arbeitsmarkt eingesetzt werden und auch nicht für Unternehmer.

**zu 6.3 Gesundheitsschäden durch Lärmbelästigung.
Ergänzende Nachfrage auf die Anfrage von Frau Stadträtin Haupt aus
der Ausschusssitzung vom 13.07.2006
Bericht Herr Amtsarzt Dr. Wilhelms**

Herr Dr. Wilhelms erklärt, dass Lärm unterschiedlich empfunden wird. Ein zu hoher Pegel kann gesundheitsschädlich sein. Größte Lärmquelle ist der Straßenverkehr. Das Auto selbst ist durch Technik nicht mehr die Ursache, sondern eine die Rollgeräusche. Es gibt Lärm, dem man sich freiwillig aussetzt, z. B. in Discos. Lärm kann krank machen, führt zu Schwerhörigkeit, macht Streß, führt zu Konzentrationsstörungen.

Herr Grasse fragt, ob Fälle in Halle bekannt sind, wo Lärm krank gemacht hat? Herr Dr. Wilhelms sagt, dass bei den HNO-Ärzten Fälle bekannt sind, z. B. durch Straßen- und Autobahnbau verursacht. Herr Grasse fragt, ob ab 2008 die Verpflichtung besteht, sogenannte Lärmkarten anzubringen. Herr Dr. Wilhelms verweist darauf, dass dafür das Umweltamt zuständig sei.

**zu 6.4 Anfrage aus der Sitzung des Ausschusses vom 30.11.2006 zum Anteil
der Ausländer, die einen Sprachkurs bestehen.
Berichterstattung Frau Schneutzer, Beauftragte für Integration und
Migration**

Frau Schneutzer teilt mit, dass vom Bundesamt kein Statistikmaterial vorliegt, sondern nur auf Landesebene. 200 Personen haben einen Bildungsschein z. Z. noch nicht eingelöst.

Herr Godenrath fragt nach der Quote, die nicht bestehen oder abbrechen, ist sie sehr hoch? Frau Schneutzer erklärt, dass wenn die Chancen, den B1-Kurs nicht zu bestehen groß sind, erst auf den A2-Kurs ausgewichen wird. Diese Personen werden bei den Trägern nicht als durchgefallen erfasst. Herrn Godenrath wird von Frau Schneutzer bestätigt, dass das Bildungsziel der B1-Kurs ist, aber dieses ist manchmal sehr schwierig.

Frau Schneutzer antwortet Herrn Dr. Fiedler, dass der B1-Kurs innerhalb von einem Jahr angemeldet werden muss, danach ist er jedoch auch noch möglich, aber ohne Finanzierung.

zu 7 Beantwortung von Anfragen

Frau Hanna Haupt fragt nach dem Stand des Rauchverbotes in der Stadtverwaltung. Herr van Rissenbeck sagt, dass sich das Verbot z. Z. in der Mitbestimmung beim Personalrat befindet und die Modalitäten ausgehandelt werden. Auf Anfrage von Herrn Godenrath erläutert Herr van Rissenbeck die mit den Modalitäten verbundenen Probleme, z. B. mit der Anrechnung der Arbeitszeit.

Frau Tomczyk-Radij fragt, ob es ausreichend Toiletten an der Saale gibt und ob es nicht möglich wäre, am Treff Bänke aufzustellen. Herr van Rissenbeck nimmt beide Anfragen mit in die Stadtplanung.

Frau Haupt fragt noch mal nach dem Blumenverkäufer an der ehemaligen Zahnklinik. Herr van Rissenbeck teilt mit, dass es dazu auch ein Schreiben eines Uni-Professors gibt und z. Z. die Betreuung dieses Mannes noch einmal überprüft wird. Weitere Erläuterungen können in einer öffentlichen Sitzung nicht gegeben werden.

zu 8 Anregungen

Keine

zu 9 Mitteilungen

Herr van Rissenbeck erklärt auf Anfrage von Frau Wolff, dass in Bürgerbriefkästen alle Anträge angenommen werden müssen laut Gesetz, jedoch kein Schriftverkehr für die ARGE über die städtischen Bürgerbriefkästen. Der Geschäftsbereich I prüft den rechtlichen Hintergrund, ob die Briefkästen in Fristenbriefkästen (z. B. für Widersprüche) umgewandelt werden können. Die Kosten dafür müssen beachtet werden. Frau Wolf möchte das Thema beenden, der Auftrag möchte erledigt werden und bittet um Veröffentlichung im Amtsblatt. Herr van Rissenbeck sagt, dass die Veröffentlichung erst erfolgt, wenn Klarheit herrscht.

Frau Haupt gibt eine Mitteilung aus der ARGE an den Ausschuss, dass die ARGE einmal vierteljährlich im Ausschuss vertreten sein wird für Anfragen.

zu 9.1 Information zum weiteren Umgang mit der Anfrage von Frau Tomczyk-Radij zum Thema Beschneidungen. Berichterstattung Herr Dr. Wilhelms, Amtsarzt und Frau Schneutzer, Beauftragte für Integration und Migration

Herr Dr. Wilhelms sagt, dass das Problem bekannt ist, jedoch in Halle keine Person betrifft. Frau Schneutzer erläutert, dass die Frauenhäuser wissen damit umzugehen. Die Betreuung erfolgt über die Zentralstelle in Leipzig. Aufklärung dazu wird geleistet über die Caritas. Anfang 2007 wird das Thema über einen Verein noch mal aufgegriffen.

Für die Richtigkeit:

Datum: 24.04.08

Kerner
Protokollantin